

# ROTE ANNELIESE

**Chef der Gendarmerie:**  
Der Verdacht › 3

**Campingzone Nax:**  
Streit um Zuständigkeit › 6

**Sexualunterricht:** Die  
Moralisten sind zurück › 14

## Betreibungsamt Brig:

# Die Hintergründe der Strafuntersuchung



SEITE › 4

## Speicherzuschlag:

# Gewinne explodieren, Steuerraub geht weiter

SEITE › 8

## Wirtschaftsförderung:

# Fast eine halbe Million für eine marode Firma

SEITE › 10



**Eduardo Galeano:**  
Die Füße  
nach oben

SEITE › 16

## Öffentliches Interesse oder Omertà?

Die Recherchen zur vorliegenden RA waren ein mühsamer Hürdenlauf. In der Bevölkerung kursierten Gerüchte, Vermutungen, Vorwürfe und Vorverurteilungen zu den einzelnen Geschichten. Jeder hatte etwas gehört, niemand wusste Genaueres. Die Politiker und Beamten schwiegen beharrlich. Natürlich ist nicht alles von öffentlichem Interesse, aber wenn gegen ranghohe Personen im Dienste und Solde der öffentlichen Hand strafrechtlich relevante Vorwürfe erhoben werden, dann hat die Bevölkerung Anspruch auf Information.

Wenn seit drei Monaten ein Strafverfahren gegen den Gendarmerie-Chef der Walliser Kantonspolizei läuft, ist es von öffentlichem Interesse zu wissen, was ihm vorgeworfen wird, selbstverständlich mit dem Verweis auf die Unschuldsvermutung. Denn der zweithöchste Walliser Polizist ist nicht der gewöhnliche Bürger XY, sondern der Wächter des Gesetzes und es ist nicht seine private Angelegenheit, wenn er der Übertretung des Gesetzes verdächtigt wird. Da mutet es schon sehr seltsam an, wenn der Untersuchungsrichter schreibt, die Strafanzeige stehe «in keinem Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit des Beschuldigten» und erst informieren will, wenn ein Entscheid oder ein Urteil gefällt ist.

Wenn gegen den Betreibungsbeamten von Brig eine Strafuntersuchung läuft, dann hat die Bevölkerung das Recht zu wissen, was ihm vorgeworfen wird. Es ist auch im öffentlichen Interesse, wenn der gleiche Betreibungsbeamte laut Bericht des Finanzinspektorates seit fünf Jahren keine Kantons- und Bundessteuern bezahlt. Umso mehr er bereits vorbestraft ist und vom

ehemaligen Staatsrat und heutigen CVP-Ständerat Jean-René Fournier protegiert wurde, dem damaligen, obersten Verantwortlichen der kantonalen Steuerbehörde nota bene!

Wenn auf einem Camping einer Gemeinde seit Jahren Wohnwagen in fixe Ferienresidenzen umgebaut werden, dann hat die Öffentlichkeit einen Anspruch darauf zu erfahren, ob diese Umbauten legal oder illegal durchgeführt wurden. Es ist nicht akzeptabel, wenn die Anfragen der RA von den vier zuständigen Dienststellenchefs und vom Sekretär der Kantonalen Baukommission weder bestätigt noch beantwortet werden. Umso mehr als auch die zuständigen Staatsräte Jean-Michel Cina, Maurice Tornay und Jacques Melly die Kopie der Anfrage erhielten. Es geht nicht an, dass hier das Cina-Syndrom Schule macht. Bekanntlich beantwortet Staatsrat Cina dem Unterzeichnenden keine Fragen mehr, seit die RA seine Abenteuer auf der Steuerfluchtinsel Cayman aufgedeckt hat.

Wenn die Walliser Wirtschaftsförderung fast eine halbe Million in eine marode Firma verlockt, dann ist dies von öffentlichem Interesse, weil hier fahrlässig mit Steuergeldern umgegangen wurde. Die SteuerzahlerInnen haben einen Anspruch darauf zu wissen, wie mit ihren Geldern umgesprungen wird und wer die Verantwortung trägt.

Ohne Öffentlichkeit droht das Gesetz des Schweigens, die Omertà! Und damit die Misswirtschaft und mafiöse Zustände.

Kurt Marti

**Gendarmerie:**  
Chef weist  
Verdacht zurück  
SEITE > 3

**P.B. Bayard:**  
Gründe der  
Strafanzeige  
SEITE > 4

**Camping Nax:**  
Wenn Beamte  
sich streiten  
SEITE > 6

**Speicherstrom:**  
700 Millionen  
Gewinne  
SEITE > 8

**CCF-Blamage:**  
Steuergelder  
für marode Firma  
SEITE > 10

**Selbstverwaltung:**  
Organisation  
ohne Chef  
SEITE > 12

**Wussten Sie schon?**  
Wissenswertes  
aus Stadt und Land  
SEITE > 13

**Sexualpädagogik:**  
Die Moralisten  
sind zurück  
SEITE > 14

**Eduardo Galeano:**  
Die Füße  
nach oben  
SEITE > 16

**WKB-Zinssätze:**  
La Loterie  
Valaisanne  
SEITE > 20

## Strafuntersuchung gegen den Gendarmerie-Chef der Walliser Kantonspolizei

# Der Beschuldigte weist die Vorwürfe zurück

**WALLIS – Seit bald drei Monaten läuft eine Strafuntersuchung gegen Franziskus Escher, den Gendarmerie-Chef der Walliser Kantonspolizei. Die Voruntersuchung ist abgeschlossen, es läuft das Beweisergänzungsverfahren. Gegen den Gendarmerie-Chef besteht der Verdacht sexueller Belästigungen einer Minderjährigen. Laut Auskunft seines Anwaltes Roland Fux stellt er diesen Verdacht «ganz klar in Abrede». Für den Beschuldigten gilt die Unschuldsvermutung.**

VON KURT MARTI

Am 2. April 2009 verbreitete das Untersuchungsrichteramt Oberwallis eine kurze Medienmitteilung mit dem Titel: «Strafuntersuchung gegen einen Polizeibeamten eingeleitet.» Laut Untersuchungsrichter Rinaldo Arnold wurde die Strafuntersuchung aufgrund einer Strafanzeige einer Privatperson eingeleitet. Arnold betont, dass die Anzeige nicht im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit des Beschuldigten stehe, «da ihm diesbezüglich keine Vorwürfe gemacht werden können.» Von seinem Amt ist der Beschuldigte vorübergehend suspendiert.

### Gerüchte in der Bevölkerung

Am nächsten Tag veröffentlichten die Walliser Medien die Medienmitteilung des

Untersuchungsrichters. Der «Walliser Bote» fand heraus, dass es sich um den Chef Gendarmerie der Kantonspolizei handelt. Der Nouvelliste erwähnte sogar Gerüchte von «Pädophilie» und vermutete eine «Sittenaffäre». Aufgrund der fehlenden Information durch die Justiz und die Polizei, welche weiterhin beharrlich schweigen, kursieren zahlreiche Gerüchte. Auf Anfrage der RA verweist der Polizeisprecher Renato Kalbermaten auf den Untersuchungsrichter, welcher auf das laufende Verfahren verweist und erst informieren will, wenn ein Entscheid oder ein Urteil gefällt ist. Gemäss Auskunft von Roland Fux, dem Anwalt des Beschuldigten, ist die Voruntersuchung abgeschlossen und es läuft das Beweisergänzungsverfahren.



**Kantonspolizei in Brig:** Heikle Ermittlungen gegen den Chef der Gendarmerie der Walliser Kantonspolizei

### Verdacht sexueller Belästigungen

Beim Verdacht handelt es sich laut Auskunft gut informierter Kreise um sexuelle Belästigungen des Beschuldigten gegenüber einem minderjährigen Mädchen, mit dessen Mutter er ein Verhältnis hatte. Dabei soll er angetrunken gewesen sein. Sein Anwalt Fux bestätigt gegenüber der RA, dass solche Verdächtigungen tatsächlich Gegenstand der Strafuntersuchung sind und hält dazu fest: «Mein Mandant weist

die Vorwürfe ganz klar zurück». Der Verdacht sei «eine Frage der Interpretation». Bekanntlich sind solche Fälle juristisch sehr heikel und viele Anschuldigungen stellen sich im Nachhinein als unbegründet heraus.

### Mädchen kann den Wirbel nicht verstehen

Dem Beschuldigten ist der Kontakt zum Mädchen untersagt. Er wohnt an einem anderen Ort und arbeitet nicht. Wie RA-Recherchen ergaben, hat sich das Mädchen

in der Zeit vor der Strafuntersuchung drei voneinander unabhängigen Personen anvertraut. Darauf erfolgte die Strafanzeige. Auf die Frage, ob die Schulleitung eine Anzeige eingereicht hat, wollte der zuständige Schuldirektor keine Auskunft geben. Das Mädchen hat von der Strafanzeige erst dann erfahren, als es von der Polizei aus der Schule abgeholt und befragt wurde. Es kann den ganzen Wirbel nicht verstehen und ist gegenüber dem Strafverfahren negativ eingestellt.

## Franziskus Escher: Steile Polizeikarriere

Der suspendierte Gendarmerie-Chef Franziskus Escher arbeitet seit 1976 bei der Kantonspolizei. Er war von 1993 bis 1995 Chef der Territorialbrigade I, von 1995 bis 2000 Chef des Kreises I der Gendarmerie, von 2000 bis 2005 Verantwortlicher für die Ausbildung bei der Walliser Kantonspolizei und wurde im Jahre 2005 zum Chef Gendarmerie der Walliser Kantonspolizei ernannt. Er gilt als Hardliner. Als er 1995 zum Gendarmerie-Chef des Kreises I (Oberwallis) ernannt wurde, gab er gleich mit verschärften Verkehrskontrollen den Tarif durch. Was die einen begrüsst, stiess bei den anderen auf wenig Verständnis.

## Ex-Kommandant der Kantonspolizei muss vor den Richter

Im August 2007 ging der langjährige Polizeikommandant Bernard Geiger in Pension. Einen Monat vor der Pensionierung reichte seine Schwägerin im Zusammenhang mit einem Erbstreit eine Strafklage gegen ihn ein. Die Kantonspolizei betonte, dass es sich um eine rein private Sache handle. Fast zwei Jahre hörte man nichts mehr davon. Doch im vergangenen März 2009 hat der kantonale Untersuchungsrichter Jo Pitteloud Anklage gegen Geiger erhoben, und zwar wegen Veruntreuung, ungetreuer Geschäftsführung und Geldwäscherei, wie der Nouvelliste berichtete. Es soll um einen Gesamtbetrag von 280 000 Franken gehen. Doch damit nicht genug. Seit dem Sommer 2008 läuft eine weitere Strafuntersuchung gegen Geiger, wie das Westschweizer Radio berichtete. Dabei geht es um eine bereits verstorbene Frau, deren Interessen Geiger vertrat. Die Schwiegertochter der verstorbenen Frau wirft Geiger «Erbschleicherei» vor. Dabei soll es um rund 200 000 Franken gehen.

### ROTE ANNELIESE

Jugendabo: Fr. 25.-  
Jahresabo: Fr. 50.-  
Unterstützungsabo: 80.-  
PC 19-8382-6

### MITARBEITERINNEN

DIESER NUMMER  
Hilar Eggel  
Susanne Hugo-Lötscher  
Renata Werlen

### HERAUSGEBER

Verein Rote Anneliese  
Postfach 441  
3900 Brig-Glis  
Tel. 027 923 63 89  
rote.anneliese@rhone.ch

### SATZ UND DRUCK

s+z Gut zum Druck  
3902 Brig-Glis

### REDAKTOR

Kurt Marti (ktm)



Die Rote Anneliese vom Februar und Mai 2002: Die Hintergründe und die Verantwortlichen des Niedergangs der traditionsreichen Natischer Möbelfabrik Gertschen wurden von der RA klar benannt. Die Kontoliste «Conti Neri» wurde von der RA dem Untersuchungsrichter übergeben. Die beiden RA-Ausgaben können aus dem Archiv der Roten Anneliese auf der Internetseite roteanneliese.ch gratis heruntergeladen werden.

### Betreibungs- und Konkursbeamter Paul-Bernhard Bayard: Hintergründe der Strafuntersuchung und der Suspendierung

# Steuerschulden, Betreibungen und Verdacht auf buchhalterische Unregelmässigkeit

**BRIG-GLIS/SITTEN – Mitte Mai hat das kantonale Finanzinspektorat den Briger Betreibungsbeamten Paul-Bernhard Bayard beim Untersuchungsrichter angezeigt und Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermaten hat ihn per sofort suspendiert. Endlich! Denn seit sieben Jahren fordert die RA dessen Suspendierung und ebenso lange hat Alt-CVP-Staatsrat Jean-René Fournier seinen Günstling protegiert. Er trägt die politische Verantwortung. Für Bayard gilt bis zu einem rechtskräftigen Urteil die Unschuldsvermutung.**

VON KURT MARTI

«Betreibungs- und Konkursamt des Bezirkes Brig, Verdacht auf buchhalterische Unregelmässigkeiten, Beamter provisorisch suspendiert», titelte eine Medienmitteilung des Staatsrates vom 13. Mai 2009. Gleichzeitig gab der Staatsrat bekannt, dass gegen den Briger Betreibungsbeamten Paul-Bernhard Bayard eine Strafuntersuchung eingeleitet wurde. Was dem Betreibungsbeamten konkret vorgeworfen wird, steht in einem brisanten Spezialbericht des Finanzinspektorates (FI). Es geht um Geldabzweigungen aus einem Bankkonto des Betreibungsamtes für private Zwecke und um Steuerschulden bei Bund und Kanton, sowie um Betreibungen durch Private und die Sozialversicherungen.

#### Abzweigungen auf sein Privatkonto

Laut FI-Bericht hat der Betreibungsbeamte Bayard im

Februar und März des laufenden Jahres rund 40000 Franken von einem Bankkonto des Betreibungsamtes auf sein privates Konto abgezweigt und zwar neben seinem Lohn von über 10000 Franken, welcher seit Anfang 2009 durch den Kanton bezahlt wird. Bekanntlich sind die Betreibungsämter keine Regiebetriebe mehr und die Betreibungsbeamten gelten seit Anfang Jahr als Kantonsangestellte. Bereits in den Jahren 2005 und 2006 hat Bayard ähnliche Transaktionen getätigt. Wie die RA damals berichtete (RA Nr. 203), lagen die Lohnbezüge Bayards im ersten Quartal 2006 um insgesamt 76000 Franken über seinem üblichen Salär von 13500 Franken pro Monat. Später kompensierte er diese zu hohen Bezüge auf Intervention des Finanzinspektorates. Weil Bayard damals noch im Regiestatus arbeitete, konnte er seinen zu hohen Lohn als Vorausbezug begründen

und so kam es bloss zu einer Rüge durch das Finanzinspektorat.

#### Irreführende Verbuchungen von Vorausbezügen

Im laufenden Jahr jedoch gilt Bayard als Kantonsangestellter. Damit kann er keine Privatbezüge mehr über das Amt tätigen. Trotzdem überwies er sich selber im Februar und März noch insgesamt 40000 Franken. Solche Privatbezüge sind strafrechtlich relevant.

Deshalb reichte das Finanzinspektorat Strafanzeige gegen Bayard ein. Hinzu kommt, dass Bayard auch im letzten Jahr – damals noch im Regiestatus – ebenfalls 40000 Franken zusätzlich zu seinem Salär aus der Kasse des Betreibungsamtes abgezogen hat und laut FI-Bericht diesen Betrag in irreführender Weise in der Buchhaltung zu verstecken suchte. Der aktuell suspendierte Bayard, welcher diesen Sommer mit 65 Jahren in Pension geht, muss also noch insgesamt

80000 Franken in die Kasse des Betreibungsamtes zurückzahlen. Bayard wollte zu den Vorwürfen keine Stellung nehmen und verwies auf das laufende Strafverfahren.

#### Steuerschulden bei Bund und Kanton

Die Rückzahlung dieser Geldbezüge dürfte für Bayard ziemlich schwierig werden, wenn man den weiteren Inhalt des FI-Berichtes zur Kenntnis nimmt. Denn dort ist von beträchtlichen Steuerschulden beim

Bund und beim Kanton die Rede. Die ausstehenden Steuererträge betreffen die Jahre von 2003 bis 2007. Zudem hat Bayard auch für die Jahre 2008 und 2009 laut FI-Bericht noch keine Akontozahlungen geleistet, so dass der Schuldenberg durchaus auf mehr als 150000 Franken ansteigen könnte. Bayard erklärte auf Anfrage: «Aus meiner Sicht habe ich keine Steuerschulden. Der Fall liegt zur Zeit bei der kantonalen Steuerrekurskommission.» Bayard ist in den letzten Jahren

immer nach demselben System vorgegangen: Zunächst hat er gegen die Steuerveranlagung Einsprache eingereicht. Nach der Ablehnung der Einsprache erhielt er die Rechnung und die Mahnungen. Dann hat er einen Zahlungsaufschub verlangt und schliesslich verhandelte er mit der kantonalen Steuerverwaltung. Um anschliessend die Zahlung seiner Steuern weiter hinauszuschieben, legte er noch Rekurs ein. Pikanterweise war Bayards Protektor Jean-René Fournier jahrelang Vor-

steher des zuständigen Finanzdepartementes. Es ist höchst erstaunlich, dass es möglich ist, dass der Betreibungsbeamte Bayard über ein halbes Jahrzehnt keine Steuern bezahlt und nicht betrieben wird. Betreibungen gegen sich selbst behandelt Bezüglich der Steuern in den Gemeinden Naters und Brig-Glis steht leider nichts im FI-Bericht. Auf Anfrage erklärt der Natischer Finanzchef Damian Schmid, dass man diesbezüg-

lich mit Bayard keine Probleme mehr habe. Der Briger Finanzchef Guido Summermatter will sich dazu nicht äussern, hingegen antwortet er auf die Frage, wieso Bayard nicht betrieben werde, dieser werde sehr wohl betrieben. Nebst den Steuerausständen und den 80000 Franken an ungerechtfertigten Privatbezügen, die der Kanton zurückfordert, stehen Bayard zudem Betreibungen in der Höhe von über 68000 Franken ins Haus. Die Hälfte dieses Betrages wird

von den Sozialversicherungen betrieben, vor allem die Ausgleichskasse, die andere Hälfte von zwei Privaten, deren Interessen das Anwaltsbüro «Pfammatter und Inderkummen» vertritt. Erstaunlicherweise laufen die Betreibungen Bayards über das Betreibungsamt Brig. Diesbezüglich ist dem FI-Bericht zu entnehmen, dass Bayard die Betreibungen gegen sich sowie gegen seinen Sohn selber behandelt hat, obwohl dies gesetzlich ausdrücklich untersagt ist.

### Paul-Bernhard Bayard:

## Die Personifizierung des CVP-Filzes

- 70er Jahre: Sekretariat der CVP Naters
- 1981–1992: Präsident der CVP Brig
- 1981–1992: Sekretär der CVPO
- 1989–1993: CVPO-Grossrat; vorher CVPO-Suppleant
- Seit 1980: Inhaber des Treuhandbüros Bayard in Brig
- Seit 1988: Vorsteher des Betreibungs- und Konkursamtes des Bezirkes Brig
- 1980–1991: OGA-Sekretär; gleichzeitig TCS-Regionalsekretär
- 1986–1992: Vorstand des Walliser Gewerbeverbandes
- 1992–2001: Präsident des Walliser Gewerbeverbandes
- Seit 1994: Präsident der Vereinigung Oberwalliser Verkehr und Tourismus
- Ehemaliges Mitglied des Komitees der Walliser Industrie- und Handelskammer
- Ehemaliges Vorstandsmitglied der Schweizerischen Gewerbeammer

### Skandalöse Schonfrist von sieben Jahren

## CVP-Ständerat Fournier trägt die politische Verantwortung

**Die Strafuntersuchung gegen Paul-Bernhard Bayard ist nicht die erste. Bereits im Jahre 2002 eröffnete das kantonale Untersuchungsrichteramt in der Affäre «Conti Neri» ein Strafverfahren gegen ihn, welches mit einer rechtskräftigen Verurteilung endete. Doch Staatsrat Jean-René Fournier weigerte sich immer standhaft, den Briger Betreibungsbeamten zu suspendieren. Jetzt wird Fournier von der Geschichte eingeholt.**

(ktm) Im Februar 2002 veröffentlichte die RA die Fakten zur Affäre «Conti Neri» (siehe Zeitungsausschnitte oben) und deponierte gleichzeitig eine achtseitige Schwarzgeld-Liste der ehemaligen Möbelfirma Gertschen beim kantonalen Untersuchungsrichter. Über das Schwarzgeld-Konto wurden rund 1,5 Millionen Franken am Fiskus und an den Sozialkassen vorbeigeschleust. Auf der Liste stan-

den einerseits die Namen von Dutzenden von Kunden der Möbelfabrik, andererseits die Namen von Arbeitnehmern. Auch der Name von Paul-Bernhard Bayard, dem damaligen VR-Präsidenten, figurierte prominent darauf. Jean-René Fourniers Protektion bis zum Schluss Der kantonale Untersuchungsrichter eröffnete ein Strafver-

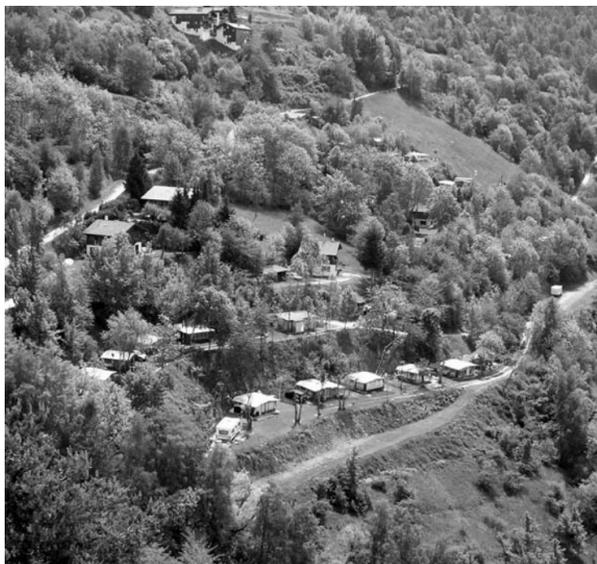
fahren gegen Bayard und weitere Verantwortliche. Zudem wurden umfangreiche Verfahren der Steuerbehörden und der Sozialversicherungen eingeleitet. Die SPO-Fraktion forderte die Suspendierung Bayards. Doch Fournier legte seine Hand schützend über den einflussreichen CVP-Mann, welcher jegliche Mitwisserschaft konsequent abstritt. An Fourniers Haltung änderte sich auch dann nichts, als Bayard im Jahre 2005 vom Bezirksgericht Brig zu einer bedingten Gefängnisstrafe von 30 Tagen verurteilt wurde. Ein Jahr später wandelte das Kantonsgericht die Gefängnisstrafe in eine Busse von lächerlichen 1000 Franken um, obwohl das Kan-

#### Fournier in Bayards Fussstapfen!

Vor kurzem schloss sich nun auch ein anderer CVP-Kreis. Pikanterweise heisst der neue Präsident des Walliser Gewerbeverbandes Jean-René Fournier und wird damit zum indirekten Nachfolger von Bayard, welcher den Gewerbeverband von 1992 bis 2001 präsidiert hatte.



**Bayard-Protektor Jean-René Fournier:** Indirekter Nachfolger als Präsident des Walliser Gewerbeverbandes.



**Der Camping von Nax mit rund 50 fixen Bauten:** Zuerst wurden im rutschgefährdeten Hang mit dem Bagger Terrassen planiert, dann kamen die Wohnwagen hinzu und schliesslich wurden die Wohnwagen zu Wohnwagen-Chalets umgebaut.

**Camping Nax bei Sitten:** Privatperson prangert seit vier Jahren die «Illegalität der Bauten» auf dem Camping «Grand-Paradis» an – Kantonsbeamten streiten sich über die Zuständigkeit – Vor Ort werden laufend Fakten geschaffen

## Die hohe Schule des Schwarz-Peter-Spiels

**NAX/SITTEN – Am südöstlichen Berghang von Sitten am Eingang des Val d'Hérémence liegt die kleine Gemeinde Nax und wenig unterhalb deren Campingplatz. Seit vier Jahren weist eine Privatperson die kommunalen und kantonalen Behörden in unzähligen Schreiben auf die «illegalen Zustände» auf diesem Camping hin. Doch die kantonalen Dienststellen streiten sich um die Zuständigkeit, während auf dem Camping von Nax ständig neue Fakten geschaffen werden.**

VON KURT MARTI

Viviane Berger wohnt in ihrem Haus direkt neben dem Camping «Grand-Paradis» in Nax. Im November 2006 schrieb sie an Staatskanzler Henri von Roten: «Illegale An- und Ausbauten von Wohnwagen (Chalets, Dächer); Wasserleitungen in die Wohnwagen; Abwässer versickern direkt in den Boden; massive Erdbewegungen mit dem Bagger». Es ist nur eines von unzähligen Schreiben, welche Berger in den letzten vier Jahren an die Gemeinde Nax, den Walliser Staatsrat, an die zuständigen Dienststellen und an die Kantonale Baukommission (KBK) geschickt hat. In diesen vier Jahren ist auf dem Camping eine Siedlung mit rund 50

Fixbauten aus umgebauten Wohnwagen entstanden (siehe Fotos). Mehrere davon stehen in der Landwirtschaftszone- beziehungsweise in der geschützten Landwirtschaftszone. Ungeachtet von Bergers Hinweisen geht auf dem Camping die Bauerei ungeniert weiter, während sich die kantonalen Amtsstellen darüber streiten, ob nun die Gemeinde Nax oder die Kantonale Baukommission (KBK) die zuständige Bewilligungsinstanz ist.

**Dienststelle für Raumentwicklung gegen die Kantonale Baukommission**

Im September 2007 erklärte die kantonale Dienststelle für Raumentwicklung (DRE),

dass die KBK für Bewilligungen auf dem Camping in Nax zuständig sei. Dabei berief sich die Dienststelle unter ihrem Chef René Schwéry auf das kantonale Baugesetz. Zunächst hält die DRE fest, dass der Camping «Grand-Paradis» gemäss dem kommunalen Zonennutzungsplan in der Campingzone liege und dass es sich um eine Zone für Sport und Erholung handle. In einer solchen Zone sei aber die Gemeinde nur dann zuständig, wenn die Campingzone im Perimeter der Bauzone oder direkt daran anschliessend liege. Der Camping von Nax hingegen grenze nicht an die Bauzone an und sei total von der landwirtschaftlichen beziehungsweise der geschützten landwirtschaftlichen Zone umschlossen. Deshalb sei die KBK die zuständige Bewilligungsinstanz. Im Februar 2008 behauptete die KBK unter dem damaligen Präsidenten Hans Meier genau das Gegenteil, unterstützt von Adrian Zumstein, dem Chef des Verwaltungs- und Rechtsdienstes im Baudepartement. Pikanterweise sass auch DRE-Chef Schwéry in der KBK und auch Jean Pitteloud, einer der Juristen in Zumsteins Rechtsdienst.

Laut KBK hat die Campingzone nichts zu tun mit einer Zone für Erholung und Sport. Zudem habe auf einem anderen Camping im Oberwallis die Gemeinde die Bauten bewilligt. Folglich sei nicht die KBK, sondern die Gemeinde Nax zuständig. In einer weiteren Stellungnahme blieb die Dienststelle für Raumentwicklung bei ihrer gegenteiligen Meinung.

**Baugesetz und Richtplan geben keine genauen Antworten**

Das Baugesetz und der Richtplan geben keine klaren Angaben zur Bewilligungsinstanz. Im kantonalen Baugesetz fehlt eine explizite Angabe zur Bewilligung von Bauten in einer Campingzone. Es läuft auf die Frage hinaus, ob eine Campingzone eine Zone für Sport und Erholung ist oder nicht. Wie bereits erwähnt, sind hier die Dienststelle für Raumentwicklung und die KBK unterschiedlicher Ansicht. Das Baugesetz bietet offenbar viel Raum für Interpretationen und Schwarz-Peter-Spiele. Aber auch im Koordinationsblatt «Camping» des kantonalen Richtplans steht nicht, wer genau zuständig ist. Dort

werden vier Campingarten unterschieden: 1. Camping auf dem Lande; 2. Passantencamping; 3. gemischter Camping und 4. Residenzcamping. Die beiden ersteren bieten keine festen Wohnbauten, im Gegensatz zum gemischten Camping mit maximal 30 Prozent Fixbauten und dem Residenzcamping mit mehr als 30 Prozent Fixbauten. Ein Residenzcamping erfordert die Einzonung als sogenannte «spezielle Bauzone».

**Walliser Staatsrat greift in die Trickkiste**

Anfangs Oktober 2008 beantwortete der Walliser Staatsrat eine Beschwerde von Viviane Berger gegen die «illegale Situation» auf dem Camping «Grand-Paradis». Der Entscheid, welcher von Staatsratspräsident Jean-Michel Cina und von Staatskanzler Henri von Roten unterschrieben ist, erwähnt zunächst die erstellten Fixbauten in der Landwirtschaftszone beziehungsweise in der geschützten Landwirtschaftszone, wo laut Staatsrat «ohne Zweifel» die KBK zuständig ist. Ob diese Bauten illegal sind oder nicht, darüber sagt der Staatsrat nichts. Was die Fixbauten innerhalb der Campingzone

anbelangt, schliesst sich der Staatsrat der Meinung der KBK an, dass die Campingzone nicht dem Sport und der Erholung diene, sondern der Beherbergung. Und dann greift der Staatsrat in die Trickkiste. Zunächst hält er völlig zurecht fest, dass die Fixbauten auf dem Camping von Nax die Marke von 30 Prozent bei weitem übersteigen. Und in einem Handstreich erklärt er deshalb die Campingzone zur Wohnzone gemäss kantonalem Baugesetz und vergleicht den Camping von Nax gar mit einer Maiensässzone! Folglich sei die Bewilligungsbehörde die Gemeinde Nax. Auch hier sagt der Staatsrat nicht, ob die Fixbauten legal oder illegal sind und spricht immer von «angeblicher Illegalität».

**Kantonale Baukommission müsste handeln**

Mit seinem Geniestreich hat der Staatsrat den Ball aus dem Bereich der Kantonsverwaltung wieder weit ins Reich der Gemeinde Nax zurückgespielt. Doch das ist höchst fraglich, denn die Bewilligungsbehörde ergibt sich nicht aus dem faktischen Zustand der erstellten Bauten, sondern aus der aktuell gültigen Zone. Gemäss Eigendeklaration

des Campings «Grand-Paradis» auf dem Internet ist der Camping nur für «Zelt- und Wohnwagen» bestimmt. Weil eine Einzonung als spezielle Bauzone fehlt, gilt also der Camping «Grand-Paradis» rechtlich immer noch als Passantencamping, auf dem ein Residenzcamping errichtet wurde. Weil ein solcher Residenz-Camping jedoch eine Einzonung in eine Bauzone erfordert hätte, liegt hier eine Residenz-Siedlung ausserhalb der Bauzone vor, wo gemäss Baugesetz die KBK zuständig ist. Der Walliser Staatsrat, das kantonale Baudepartement und die KBK hätten es längst in der Hand gehabt, hier Ordnung zu schaffen, das heisst: 1. Einen sofortigen Baustopp zu verfügen; 2. eine Inventarisierung sämtlicher Fix-Bauten vorzunehmen und 3. eine Wiederherstellungsverfügung mit Bussen auszusprechen.

**Hilflose Kantonsbeamte schreiben höfliche Briefe**

Stattdessen nimmt aufgrund des fraglichen Entscheids des Staatsrates in Nax die Geschichte ihren bisherigen Lauf: Der Kanton schreibt höfliche Briefe und setzt klare Fristen, aber vor Ort werden

laufend Fakten geschaffen. In seinem Entscheid vom Oktober 2008 hat der Staatsrat die Gemeinde Nax aufgefordert, «so bald wie möglich» die geforderten Kontrollen innerhalb der Campingzone vorzunehmen und gegebenenfalls die entsprechenden Massnahmen gemäss Baugesetz zu treffen. Ende November 2008 erinnerte Pierre Gauye, Jurist der Dienststelle für kommunale Angelegenheiten, die Gemeinde Nax an den staatsrätlichen Entscheid und räumte eine Frist von 30 Tagen ein. Fast ein halbes Jahr blieb es stumm, so dass Gauye am 4. Mai 2009 einen erneuten Anlauf nahm und eine Frist von 10 Tagen einräumte. Übrigens hatte der tapfere Kantonsjurist zu diesem Zeitpunkt schon grosse Übung im Verschicken solcher nutzloser Aufforderungen an die Gemeinde Nax. In mehreren Schreiben vom 22. Mai 2007, 20. Juli 2007, 18. Februar 2008 und 25. August 2008 forderte er die Gemeinde mit der Andeutung von klaren Fristen auf, zur «angeblichen Illegalität» der Bauten auf dem Camping Stellung zu nehmen und eine Liste der Bauten zu liefern. Gleichzeitig wies Frau Berger

den Kanton immer wieder darauf hin, dass die Bauarbeiten auf dem Camping weitergehen wie üblich. Am 23. Februar 2009 erhielt Staatsratspräsident Jean-Michel Cina ein solches Schreiben und am 15. April 2009 teilte Berger dem neuen KBK-Präsident Anton Ruppen und dem Staatskanzler Henri von Roten mit, dass die «illegale Bauerei» auch über die Ostertage «unvermindert weiterging».

**Landete die RA-Anfrage wohl im Kreml in Moskau?**

Ende Mai bat die RA die zuständigen Dienststellenchefs Adrian Zumstein (Rechtsdienst Baudepartement), Cédric Arnold (Umweltschutz), Paul-Henri Moix (Kommunale Angelegenheiten) und René Schwéry (Raumentwicklung) sowie den KBK-Sekretär Stéphane Delaloye um eine Stellungnahme, insbesondere um eine Antwort auf die Frage, ob die Fixbauten illegal erstellt wurden oder nicht. Die Anfrage ging per Kopie auch an die zuständigen Staatsräte Jean-Michel Cina, Maurice Tornay und Jacques Melly. Die RA-Anfrage wurde von keiner einzigen Amtsstelle bestätigt und auch von

niemandem beantwortet! Auch ein Erinnerungsschreiben fruchtete nichts. Die RA weiss bis heute nicht, ob diese Anfrage in Sitten oder im Kreml in Moskau gelandet ist. Möglicherweise gingen die Dienstchefs bereits im Mai in die Sommerpause.

**Ein Lebenszeichen der Gemeinde Nax: «Es gibt viel zu tun»**

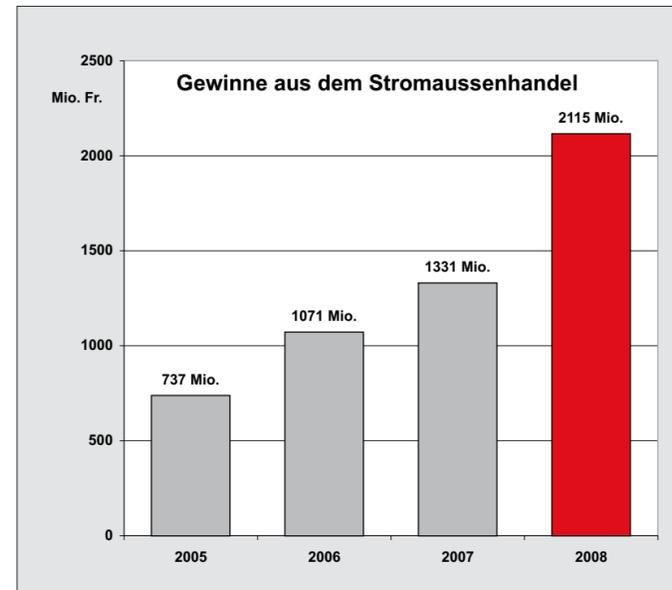
Ausgerechnet auf den Tag der RA-Anfrage ist ein Brief des Kantonsjuristen Gauye an Viviane Berger datiert, versehen mit einem Lebenszeichen der Gemeinde Nax: Eine halbe A4-Seite mit ein paar Notizen darauf, vielversprechend mit grossen Buchstaben überschrieben: «RAPPORT CAMPING GRAND PARADIS A NAX». Freilich ohne die längst fälligen Daten, stattdessen mit einem persönlichen Anwurf gegen Viviane Berger, über deren «Verbisserheit» man sich ärgert. Zum Camping steht folgendes auf dem Blatt: «Der Eindruck ist ziemlich gut.» Und am Schluss heisst es: «Es gibt viel zu tun, aber die Gemeinde wird das Maximum leisten, um das Dossier vorwärtszubringen und es schnellstmöglich abzuschliessen.»



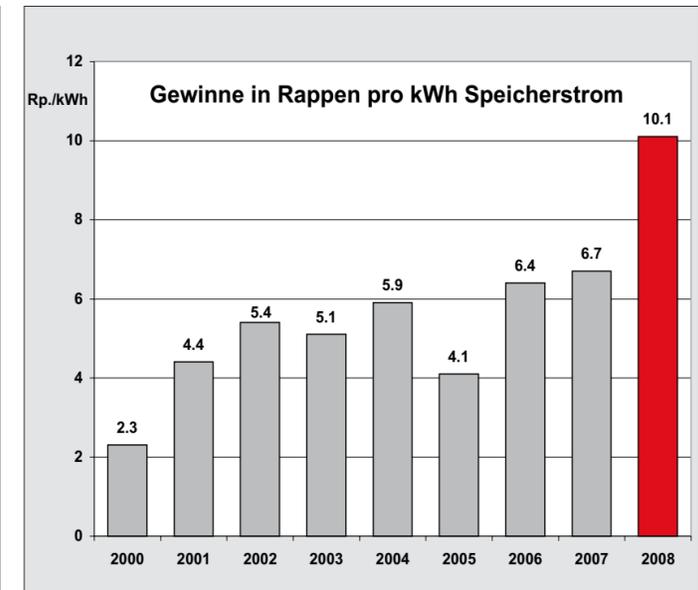
**Matmark-Stausee im Saastal:** Bei Handelsgewinnen von 67 Millionen im Jahr 2008 wurden Kanton und Gemeinden um je 6 Millionen Steuern geprellt.



**Axpo-Hauptsitz in Zürich:** Die Strombarone wollen weiterhin Steuern sparen und auf Kosten des Wallis die Kassen für den Bau von Atomkraftwerken füllen.



**Massive Steigerung der Gewinne im Stromhandel:** Ein Drittel dieser Gewinne geht auf das Konto der Walliser Speicherkraftwerke und muss im Kanton Wallis versteuert werden.



**Stetige Steigerung der Gewinne pro Kilowattstunde:** Auffallend ist der Sprung im letzten Jahr. Mit diesen Zahlen müssen die Kantone Wallis und Graubünden in die Verhandlungen, sonst werden sie einmal mehr über den Tisch gezogen.

**Besteuerung der Wasserkraftgewinne:** Stromlobby kommt immer mit neuen Tricks – Schluss mit dem Millionenraub!

# 700 Millionen Gewinne aus Walliser Speicherkraftwerken

**WALLIS – Die Walliser Speicherkraftwerke produzieren voll für den Export. Die Strombarone des Mittellandes kassierten dadurch im letzten Jahr rund 700 Millionen Franken Gewinne, welche grösstenteils nicht im Wallis versteuert werden. Um eine angemessene Gewinnbesteuerung zu erreichen, führen die Kantone Wallis und Graubünden seit längerer Zeit Verhandlungen mit der Strombranche. Doch diese arbeitet immer mit neuen Tricks. Die grosse Frage im Millionen-Poker lautet: Lässt sich der Kanton Wallis einmal mehr um Millionen prellen?**

VON KURT MARTI

Am 14. November 2008 herrschte über der Stadt Zürich Bisenstimmung mit Hochnebel. Im gut geheizten Sitzungszimmer des Axpo-Hauptsitzes beim Zürcher Hauptbahnhof hatten die Vertreter der Steuerbehörden der Kantone Wallis und Graubünden Platz genommen. Es ging um Verhandlungen zur Besteuerung der Wasserkraftgewinne, also um einen Millionen-Poker. Das Problem kann man am Beispiel der «Kraftwerk Mattmark AG» erklären: Am Partnerwerk Mattmark sind verschiedene Partner finanziell beteiligt, vor allem die

Axpo und die BKW, welche ihrerseits mehrheitlich den Kantonen und Städten des Mittellandes gehören. Die Geschäftsberichte der Partnerwerke sind aber frisiert. Zum Beispiel hatte die Mattmark AG im Jahr 2006 einen Jahresumsatz von 40 Millionen, welcher aufgrund des Produktionspreises von rund 6,5 Rappen pro Kilowattstunden (Rp./kWh) zustande kam. Tatsächlich wurde der Mattmark-Strom aber für mehr als 12 Rp./kWh verkauft, woraus ein Gewinn von rund 37 Millionen resultiert. Dieser Gewinn erscheint nicht im Jahresbericht und wird folglich auch nicht im Wallis versteuert (siehe

RA Nr. 201). Dadurch wurden die Saastaler Gemeinden und der Kanton Wallis um je 3,3 Millionen Steuereinnahmen geprellt. Genauso geht es mit den anderen Walliser Wasserkraftwerken.

## Strombarone wollen Gewinne erneut künstlich tief halten

Anlässlich der Sitzung am Axpo-Hauptsitz liessen die Vertreter der swisselectric (Axpo, NOK, BKW, Atel und EOS) die Katze aus dem Sack. Sie wollten bloss 20 Prozent des Wasserkraftstroms als teure Handelsenergie gelten lassen und 80 Prozent als billigere Versorgungsenergie. Damit würden die steuerbaren Gewinne reduziert und der Kanton Wallis würde weiterhin um einen Grossteil der Gewinnsteuern geprellt. Bereits ein halbes Jahr früher, im Mai 2008, hatten sich die Walliser und Bündner mit den Vertretern der swisselectric getroffen und ein eigenes Berechnungsmodell präsentiert, welches vom Experten Gilbert Schnyder ausgearbeitet worden war. Dieses Modell haben die Vertreter der Strombranche

abgelehnt und einen Vorschlag gemacht, welcher auf der 20:80-Regel basiert. Dass sich die Gebirgskantone von Gilbert Schnyder vertreten lassen, ist nicht selbstverständlich, denn dieser war auch schon auf der anderen Seite anzutreffen. Schnyder war nämlich von 2002 bis 2003 im Verwaltungsrat der Axpo-Tochter «Argessa AG», zusammen mit Rolf W. Mathis, dem VR-Präsidenten der «Kraftwerk Mattmark AG».

## Exportsaldo sagt überhaupt nichts über die gehandelte Energie

Die 20:80-Regel ist ein reines Ablenkungsmanöver der Stromlobby, denn tatsächlich kann die Stromwirtschaft ihre Handelsgewinne nur aufgrund der Flexibilität der Speicherkraftwerke erzielen und deshalb gehen die gigantischen Stromhandelsgewinne auf deren Konto. Die Strombarone gehen fälschlicherweise vom blossen Exportsaldo von 20 Prozent aus. Der Exportsaldo sagt überhaupt nichts aus über die effektiv gehandelten Strommengen. Diese liegen nämlich viel höher. Die Schwei-

zer Stromwirtschaft hat im letzten Jahr rund 52 000 GWh Strom ins Ausland verkauft und rund 50 000 GWh im Ausland eingekauft. Zum Vergleich: Die gesamte Stromproduktion der Schweiz lag bei 67 000 GWh. Der ins Ausland verkaufte Strom beträgt also rund 78 Prozent der gesamten Inlandproduktion!

## Wasserkraftstrom für Europa, Atom- und Kohlestrom für uns

Die Stromwirtschaft spielt immer noch mit der Lüge, dass der Schweizer Wasserkraftstrom in der Schweiz verkauft wird. Das ist aber längst nicht mehr der Fall. Beispielsweise die Bündner «Rätia Energie AG» verkauft fast 100 Prozent des Wasserkraftstromes ins Ausland, wenn die Preise hoch sind, und kauft für die Versorgung der Bündner Bevölkerung billigen Strom im Ausland ein, vor allem Atom- und Kohlestrom. Deshalb steht in den Kundenrechnungen ein Anteil von 99 Prozent an «nicht überprüf-baren Energieträgern». Auch die EnBAG (früher EWBN) weist mit rund 76 Prozent einen sehr hohen Anteil an

«nicht überprüf-baren Energieträgern» aus, obwohl der Wasserkraftanteil auf der Produktionsseite bei 78 Prozent liegt. Vom Gesamtumsatz von 186 GWh gehen als rund 100 GWh in den Stromhandel. Die EnBAG verkauft den Strom ins Ausland, unter anderem nach England, und kassiert damit Zusatzeinnahmen, während die Bevölkerung in Brig umweltschädlichen Atom- und Kohlestrom verbraucht.

## Gewinnsteuer von je 64 Millionen für Kanton und Gemeinden

Die Stromaussehandelsgewinne sind in den letzten Jahren in die Höhe geschneit (siehe Grafik). Letztes Jahr stiegen die Gewinne von 1331 Millionen Franken hoch, was den stets steigenden Wert des Stroms aus Speicherkraftwerken eindrücklich demonstriert. Die Schweizer Speicherkraftwerke haben im letzten Jahr rund 21 000 GWh Strom produziert. Wenn der Gesamtgewinn von 2115 Millionen durch die Speicherkraftproduktion dividiert wird, kommt der mittlere Zusatzgewinn von 10,1 Rp./kWh Speicherstrom

heraus. Die Walliser Speicherkraftwerke produzierten im Jahre 2008 rund 7 000 GWh. Wenn man die Walliser Speicherproduktion mit dem mittleren Zusatzgewinn multipliziert, erhält man einen Gewinn von 707 Millionen Franken. Und diesen Gewinn muss die Stromwirtschaft im Wallis versteuern und nicht jenen Gewinn aufgrund des weit geringeren Exportsaldos. Mit einem Steueransatz von je neun Prozent für Bund, Kanton und Gemeinden ergibt das für das Jahr 2008 eine Gewinnsteuer für den Kanton und die Gemeinden in der Höhe von je 64 Millionen Franken.

## Gefährliche Vernebelungsaktion durch komplizierte Berechnungen

Laut Beda Albrecht, Chef der kantonalen Steuerverwaltung, hat der Experte Schnyder mit der swisselectric inzwischen ein Modell ausgearbeitet, mit dem die Kantone Wallis und Graubünden «in Bezug auf die energiewirtschaftlichen Fragen grundsätzlich einverstanden» sind. Zudem wird im Modell auch der Verkauf von Zertifikaten berücksich-

tigt. Einen entsprechenden Vorschlag hatte die Gemeinde Bitsch über ein Gutachten des Experten Heini Glauser eingebracht. Laut diesem Gutachten wurden solche Wasserkraftzertifikate in den letzten Jahren zu rund 2,5

Rp./kWh gehandelt. Für die Gesamtproduktion des Kraftwerkes Electra Massa würde das zusätzliche Gewinne von 25 Millionen Franken ausmachen. Noch nicht definitiv geregelt ist die Aufteilung von Handels- und Versorgungsen-

ergie, also der entscheidende Punkt! Hier besteht die grosse Gefahr, dass sich die Bergler durch komplizierte Rechnungsmodelle einnebeln lassen und schlussendlich mit Brosamen abgespiessen werden.

## Mattmark-Gewinne bringen 6 Millionen Franken

# Stopp dem Regenwasser in der Almageller Kirche!

(ktm) Die Kirche von Saas-Almagell hat einen Dachsaden. Das Wasser fliesst an den Mauern hinter dem Altar herunter. Die Renovation kostet 600 000 Franken. Die Gemeinde befindet sich in der Sanierungsphase und kann der mausarmer Pfarrei auch nicht helfen. Deshalb mussten die Saas-AlmagellerInnen auf Betteltour gehen. In den Oberwalliser Briefkästen landeten Trauerkarten und Einzahlungsscheine.

Damit sollte nun Schluss sein. Wenn die Mattmarkgewinne von 67 Millionen im letzten Jahr gerecht und am richtigen Ort versteuert werden, können die Saastaler Gemeinden mit einer Gewinnsteuer von rund 6 Millionen Franken rechnen; nicht eingerechnet



**Die Kirche von Saas-Almagell:**

Das Dach ist leck und das Regenwasser rinnt bis auf den Boden.

sind dabei die Besteuerung der Gewinne aus dem Zertifikatshandel. Das sollte reichen, um das Regenwasser zu stoppen!



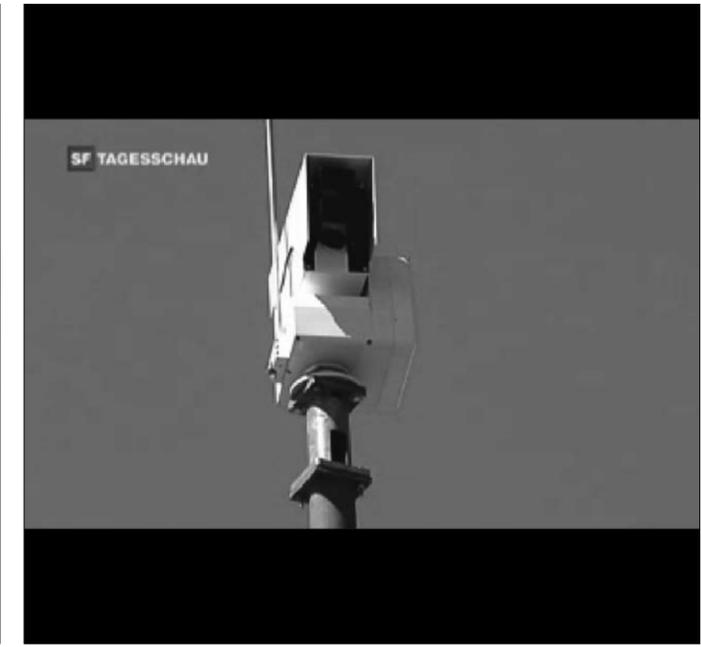
Das Haus der Wirtschaft heisst heute wieder Klingelehaus: An dieser Adresse hatte die konkursite «Fire Watch AG» ihren Firmensitz. Auch das Finanzkompetenzzentrum (CCF) logiert hier.



CCF-Präsident Albert Bass über die «Fire Watch AG»: «Wenn mir ein Dossier auf dem Magen liegt, dann ist es dieses.»



Tagesschau des Schweizer Fernsehens vom 7. August 2008: «Fire-Watch»-Verwaltungsrat Joachim Dreibach preist die Vorzüge der «Fire-Watch»-Waldbrandüberwachung in Spanien an.



Die drehbare Kamera des «Fire Watch»-Systems: Laut Tagesschau macht dieses System die herkömmliche Brandüberwachung per Fernglas überflüssig.

## Walliser Wirtschaftsförderung: Bürgschaften für eine marode Firma

# Fast eine halbe Million Steuergelder in den Sand gesetzt

**NATERS – Beim Konkurs der Natischer Firma «Fire Watch AG» wurde fast eine halbe Million Franken Steuergelder in den Sand gesetzt. Das Walliser Finanzkompetenzzentrum beziehungsweise «Centre de Compétences Financières» (CCF AG) hatte vor vier Jahren beträchtliche Bürgschaften für die Firma übernommen als diese bereits ein Sanierungsfall war. Beim Konkurs wies die «Fire Watch AG» erstaunlicherweise keine Aktiven mehr auf, so dass letztlich die Walliser Steuerzahler für den Schaden aufkommen müssen.**

VON KURT MARTI

«Wenn mir ein Dossier auf dem Magen liegt, dann ist es dieses», erklärt CCF-Präsident Albert Bass gegenüber der RA. Er spricht von der Firma «Fire Watch AG», welche Rauchmeldesysteme produzieren und in aller Welt verkaufen sollte. Mit diesem System ist eine Früherkennung von Wald- und Buschbränden möglich, ohne dass jemand dauernd mit dem Fernglas die Gegenden überwacht. Eine Kamera, welche sich dauernd im Kreise dreht, übernimmt diese Aufgabe. Das Patent

liegt bei der Deutschen Luft- und Raumfahrtbehörde. Eigentlich handelt es sich um ein sehr gutes Produkt, das auf internationale Nachfrage zählen könnte. Doch die Sache ging gründlich in die Hose. Die Firma ging in Konkurs und die Verantwortlichen hinterliessen einen Scherbenhaufen.

### CCF-Bürgschaften in der Höhe von 430 000 Franken

Die Firma «Fire Watch AG» wurde Anfang Dezember 2004 im Luzernischen Root gegründet und wechselte ihren

Sitz bereits Ende Dezember nach Küssnacht im Kanton Schwyz. Im Verwaltungsrat sassen die beiden deutschen Staatsangehörigen Joachim Dreibach und Marion Neuss. Im November 2005 tauchte Christian Raboud aus Brig im Verwaltungsrat auf. Raboud ist in der Walliser Wirtschaftsförderung kein Unbekannter: Er sitzt seit der Gründung im Jahre 2003 im CCF-Verwaltungsrat. Auch bei der Vorgänger-Gesellschaft «Sodeval SA» war er schon als Verwaltungsrat dabei. Im Dezember 2005 wurde der Sitz der «Fire Watch AG» nach Naters verlegt, und zwar ins Haus der Wirtschaft (heute Klingelehaus). CCF-Mann Raboud nahm erstaunlicherweise nicht nur im Verwaltungsrat der Firma Einsitz, sondern wurde gleich noch von der «Fire Watch AG» als Mitarbeiter angestellt. In dieser Zeit beteiligte sich die Walliser Kantonalbank (WKB) mit rund 600 000 Franken bei der «Fire Watch AG», wovon rund 430 000 Franken durch die CCF AG verbürgt wurden. Bekanntlich wird das Finanzkompetenzzentrum mit

jährlich 2 Millionen Franken aus der Kantonskasse alimentiert.

### Gelder der Wirtschaftsförderung für eine marode Firma

Wie RA-Recherchen zeigen, übernahm die CCF AG die Bürgschaften für die «Fire Watch AG» in einem Zeitraum, wo die Firma bereits ein Sanierungsfall war. Laut Bericht des Betriebsamtes Brig war die «Fire Watch AG gemäss Bilanz bereits am 31.12.2005 überschuldet.» Die «Fire Watch AG» hatte einen finanziellen Klotz am Hals: In der Bilanz figurierte ein Darlehen von 320 000 Franken der Firma «i-mo AG» mit Sitz im Luzernischen Root, welche Bestandteile von Rauchmeldesystemen herstellte. Und hier sass Joachim Dreibach im Verwaltungsrat. Ebenfalls die «i-mo AG» war damals überschuldet und ging bereits im Dezember 2006 in Konkurs. Doch damit nicht genug! Joachim war im Vorstand einer dritten konkursiten Firma, der «Dreibach GmbH» mit Sitz in Karlsruhe. Über

diese Firma wurde im Mai 2004 vom Amtsgericht Karlsruhe das Insolvenzverfahren eröffnet und die Gesellschaft wurde darauf aufgelöst.

### Der steile Absturz trotz exzellentem Zertifikat

In Naters hatte sich Christian Raboud Anfang 2006 in seinem Büro im Haus der Wirtschaft eingerichtet und beschäftigte sich unter anderem mit der Zertifizierung der Firma. Am 1. Juni 2006 stellte Yvan Aymon, Direktor des «Vereins Marke Wallis», der maroden Firma das Zertifikat «Valais Excellence» aus: Die «Fire Watch AG» sei auf dem Weg der «ständigen Qualitätsverbesserung und nachhaltigen Entwicklung». Zudem laufe das Verfahren zur Erlangung der Zertifizierung ISO 9001 und 14001. Und stolz verweist Aymon darauf, dass die Firma durch Gelder des Kantons Wallis unterstützt werde. Im Sommer 2007 übernahm der Luzerner Wirtschaftsanwalt Hans Weltert das VR-Präsidium der «Fire Watch AG» mit dem Auftrag, die Firma zu sanieren. Kurz vor Weihnachten 2007 ging die

Firma in die Nachlassstundung, welche bis Ende Mai 2008 dauerte und dann um ein weiteres halbes Jahr verlängert wurde. Schliesslich eröffnete am 1. Dezember 2008 der Briger Konkursrichter Martin Anderegg den Konkurs über die Firma. Im Kurzbericht an die Gläubiger hält der Briger Betriebs- und Konkursbeamte Paul-Bernhard Bayard fest, dass die Konkursmasse der «Fire Watch AG» über keine verwertbaren Aktiven verfügt. Folglich wurde das Konkursverfahren im Februar 2009 vom Konkursrichter eingestellt und am 19. Mai die Firma aus dem Handelsregister gelöscht.

### Verdacht der Veruntreuung von Aktiven

Mit dem Konkurs der «Fire Watch AG» ist die Sache für CCF-Präsident Albert Bass noch nicht ausgestanden. Denn jetzt muss die CCF AG – also letztlich die Walliser SteuerzahlerInnen – rund 430 000 Franken für die Bürgschaften der WKB-Kredite bezahlen. Laut Bass wurden bereits «personelle Konsequenzen» als

Folge dieser Misswirtschaft gezogen. Namen will Bass keine nennen, doch der Blick ins Handelsregister zeigt in letzter Zeit eine auffällige Mutation: Im November 2008, also zwei Wochen vor der Konkursöffnung gegen die «Fire Watch AG», trat Christian Raboud aus dem CCF-Verwaltungsrat zurück. «Der Austritt wurde mir nahegelegt», erklärt er gegenüber der RA. Mehr will er dazu nicht sagen.

Für Hisko H. Baas, welcher im Frühjahr 2006 einen Sanierungsauftrag der Firma hatte und welcher auf die missliche, finanzielle Lage der Firma schon damals hingewiesen hatte, ist es nicht nachvollziehbar, dass die Firma plötzlich ohne Aktiven dasteht. In einem Schreiben vom November 2008 an den Sachwalter Reinhard Boesch hegt er «den dringenden Verdacht, dass während Ihres Mandats Aktiva veruntreut wurden.» Auch CCF-Präsident Bass ist überzeugt, dass noch Aktiven der Firma vorhanden sein müssen: «Wir wollen das Geld zurück!» Notfalls werde man gerichtlich gegen die Verantwortlichen vorgehen,

um die 430 000 Franken zurückzuholen. Tatsächlich ist es sehr erstaunlich, wie die Firma plötzlich mit Null Aktiven und 2,2 Millionen Forderungen dasteht. Im Bericht des Luzerner Sachwalters Reinhard Boesch sind noch Aktiven in der Höhe von 325 000 Franken enthalten, doch dann lässt er die Gläubiger wissen, dass es keinerlei Aktiven mehr gibt und verweist auf die Aussagen der Verwaltungsräte Weltert und Dreibach.

### Walliser Beamten spielen den Ball weiter

Baas hat den Betriebsbeamten Bayard, den Konkursrichter Anderegg, den Untersuchungsrichter Marzel Ritz und den Sachwalter Boesch darauf hingewiesen, dass noch Aktiven von rund 400 000 Franken in Form von mehreren und bezweifelte ganz generell die örtliche Zuständigkeit. Ritz retournierte die Unterlagen und überliess es Baas, «eine allfällige Strafklage gestützt auf Art. 340 StGB am Gerichtsort des Begehungsortes zu hinterlegen.» Eine allfällige Veruntreuung ist laut Untersuchungsrichter «sicher nicht (siehe Foto), in welchem

Fire-Watch-Verwaltungsrat Dreibach neben einem Rauchmeldesystem in Spanien gefilmt wurde. Ebenfalls bekannt waren dem Betriebsamt Brig die genauen Adressen der Kunden in Südfrankreich.

Neben dem Luzerner Sachwalter Boesch gingen erstaunlicherweise auch die zuständigen Walliser Beamten nicht auf die Hinweise von Baas ein. Sowohl der Betriebsbeamte Bayard als auch der Konkursrichter Anderegg und der Untersuchungsrichter Ritz spielten den Ball weiter. Konkursrichter Anderegg reichte das Schreiben von Baas an den Untersuchungsrichter Ritz weiter. Dieser erklärte, der Veruntreuungsverdacht sei zu pauschal formuliert und bezweifelte ganz generell die örtliche Zuständigkeit. Ritz retournierte die Unterlagen und überliess es Baas, «eine allfällige Strafklage gestützt auf Art. 340 StGB am Gerichtsort des Begehungsortes zu hinterlegen.» Eine allfällige Veruntreuung ist laut Untersuchungsrichter «sicher nicht (siehe Foto), in welchem

Zudem verwies der Briger Betriebsbeamte Bayard darauf, dass das Konkursamt «über keine finanziellen Mittel verfügt» und deshalb «keine weiteren Abklärungen getroffen werden konnten».

### Die beiden Sanierer beschuldigen sich gegenseitig

Sanierer Weltert reichte gegen seinen Vorgänger Baas eine Strafklage wegen ungetreuer Geschäftsführung, Betrug und Urkundenfälschung ein, welche die Luzerner Staatsanwaltschaft vollumfänglich abwies. Laut Baas hat Weltert versucht mit dieser Strafanzeige und mit «falschen Angaben zu den Aktiven der Firma eine Nachlassstundung zu erschleichen.» Gemäss Angaben von Weltert ist noch ein Rekurs gegen den Einstellungsentscheid hängig. Den Vorwurf von Baas bezeichnet er als «lächerlich». Dieser bezwecke «bloss, das Hauptaugenmerk von sich abzulenken. Hisko Baas verfolgt, seit er das Mandat bei der Fire Watch AG niedergelegt hat, bloss das eine Ziel: Den Konkurs der Gesellschaft.»



**Selbstverwaltete Fabrik in Argentinien:** MitarbeiterInnen der Zanon-Fabrik in einer Pause

## Selbstverwaltete Fabriken

# Wenn Arbeiter sich ohne Chef organisieren

**Der Traum aller Arbeitenden: Einfach arbeiten zu können, ohne dass der Chef dreinredet. Arbeiten ohne, dass die da oben etwas komplett Sinnloses befehlen. Arbeiten ohne die da oben!**

VON DER FREIEN ARBEITERIN-  
NEN UNION BERN

Doch die meisten die so etwas denken, kommen bald nachher zum Schluss, dass dies einfach nicht möglich sei. Doch ist das so? Kann Arbeit wirklich nicht ohne Befehlende funktionieren? Viele SchweizerInnen sind stolz darauf, dass die Schweiz ein Land von Genossenschaften ist. Die beiden grössten Ladenketten Migros und Coop sind so organisiert. Dazu kommen noch die Landi und an vielen Orten Genossenschaftsbeizen und Restaurants. Die Genossenschaft wurde im 19. Jahrhundert erfunden, damit sich die Arbeitenden, die damals arm bis sehr arm waren, selbst helfen konnten. Coop zum Beispiel ist das Produkt aus Fusionen von Konsumgenossenschaften: Die Genossenschaftler kauf-

ten die von ihnen benötigten Waren (Esswaren, Kleidung und Möbel) zusammen in grossen Mengen und konnten so tiefere Preise von den Herstellern erreichen.

### Ab einer bestimmten Grösse keine Selbstverwaltung?

Später wurde dieses Modell auch für die Organisation von Handwerker- und anderen Betrieben übernommen. Die Idee war, dass in diesem Betrieb alle Mitbesitzer sind und dass der Gewinn aus der Produktion an alle gleichmässig ausgeschüttet wird. Das wurde durch die 68er-Bewegung noch durch die Basisdemokratie ergänzt, in der alle gleich viel Entscheidungsmacht haben. Nach diesem Prinzip funktionieren heute die meisten selbstverwalteten Betriebe. Die riesigen Genossenschaftskonzer-

ne wie Mondragon oder in der Schweiz Migros, Coop und Landi sind aber nicht selbstverwaltet. Bei ihnen gibt es genau so Kader, wie in «normalen» Konzernen. Ist Selbstverwaltung ab einer bestimmten Grösse nicht mehr möglich?

### Gute Beispiele in Südwales und in Argentinien

Die Freie ArbeiterInnen Union (FAU) Bern hat sich mit dieser Frage auseinandergesetzt und sehr bald gesehen, dass es grössere selbstverwaltete Betriebe gibt. Es gibt an

verschiedenen Orten auf der Welt sogar grosse Fabriken, die von den Beschäftigten selbst verwaltet werden. Zum Beispiel gab es in Südwales die Kohlenmine «Towers Colliery», die nach dem Beginn der Selbstverwaltung, und bis das Kohlevorkommen erschöpft war, produktiver als vorher gearbeitet hat. Weitere Beispiele sind die Keramikfabrik «Zanon» in Argentinien mit rund dreihundert Arbeitenden und die INNSE Presse, wo die Arbeitenden im laufenden Arbeitskampf erfolgreich die Selbstverwaltung eingeführt hatten.

**FAU-Vortrag am 1. Juli 2009 in Brig:**

## Arbeiten ohne Chef – Selbstverwaltete Fabriken

Ein Vertreter der FAU Bern hat sich mit diesem Thema auseinandergesetzt und daraus einen spannenden Vortrag erstellt. Anhand von Beispielen wie der INNSE oder Zanon wird er am 1. Juli 2009 ab 19.00 Uhr im Restaurant Du Pont in Brig (Saal im oberen Stock) über das Thema referieren.

BUCHRESPRECHUNG



## Betrieb besetzt, Arbeitsplätze gerettet

Von Rainer Thomann\*

Der Autor Rainer Thomann erzählt in seinem Buch «Betriebsbesetzungen» die Geschichte des grössten Streiks in der Schweiz seit 100 Jahren. In der Broschüre analysiert er die 4 Betriebsbesetzungen des Jahres 2008, in denen Belegschaften ihre Arbeitsplätze verteidigten, zwei im In- und zwei im Ausland. Er geht den Gründen nach, warum im Falle der «Officine» die einmonatige Betriebsbesetzung zum Erfolg und Rückzug der Schliessungspläne des SBB-Managements geführt hat. Er zeigt auch auf, dass der Betriebskampf als wirksames Mittel für den Erhalt der Arbeitsplätze neue Bedeutung erlangen muss, auch als Alternative zur Kapitulationsstrategie der Sozialplanverhandlungen. Rainer Thomann legt am Beispiel der «Officine» dar, welche Voraussetzungen für einen erfolgreichen Betriebskampf notwendig sind, und zeigt, dass noch sehr viel (Wieder-)Aufbauarbeit zu leisten ist.

Zu bestellen ist die Broschüre für 3 Franken (plus Versandkosten) per Mail an: [indiana.thomann@bluewin.ch](mailto:indiana.thomann@bluewin.ch)

\* Der Autor ist Mitglied der Gewerkschaft Unia, Unterstützer des Streikkomitees der Officina von Bellinzona und Aktivist im Netzwerk für eine kämpferische Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter.

## WUSSTEN SIE SCHON, DASS...

### ...CSPO-Nationalrat Roberto Schmidt Unterhaltungsabende für Firmen organisiert?



Nationalrat Roberto Schmidt

Wer hat es nicht schon gewusst? Unsere Oberwalliser ParlamentarierInnen in Bern sind nicht voll ausgelastet, auch wenn sie zusätzlich eine Gemeinde präsidieren. Zum Beispiel CSPO-Nationalrat Roberto Schmidt hält sich mit der

Organisation von privaten Firmenanlässen fit. So sass er im Organisationskomitee der Jubiläums- und Geburtstagsfeier «130 Jahre Wyssen» der Firma «Wyssen Strassenunterhalt AG». Am 5. Juni 2009 stieg die grandiose Feier im Festzelt beim Golfplatz Leuk mit Hunderten von Gästen, darunter die politische C-Prominenz von Nah und Fern. Neben Ansprachen und thailändischen Spezialitäten war Unterhaltung mit Dudelsackbläsern angesagt und als Höhepunkt brachte die deutsche Partyband «Midnight-Ladies» Stimmung in die Bude. Ob Nationalrat und Gemeindepräsident Schmidt in der nächsten Zeit noch weitere Firmen-Anlässe organisiert, ist uns nicht bekannt. Doch wie wäre es mit einem Firmenanlass der «Ebatec AG», der «Primag AG» oder der «Valmatt AG», wo Parteifreund und Präfekt Paul Inderkummen im Verwaltungsrat sitzt? Vielleicht reicht es am späten Abend sogar für ein kurzes Requiem auf die verblichene «Arnold AG».

### ...CSPO-Grossratspräsident Gilbert Loretan bereits vorbestraft ist?



Grossratspräsident Gilbert Loretan

Ist es eine notwendige Voraussetzung für ein höheres Amt im Wallis, dass man vorbestraft ist? In der Regel nicht, aber es kann zumindest nicht schaden! Paul-Bernhard Bayard, der Betreibungsbeamte von Brig, hat damit jahrelang gut gelebt und stattlich Lohn kassiert. Protegiert von CVP-Staatsrat Jean-René Fournier. Und was eines Betreibungsbeamten würdig ist, steht auch dem neuen Grossratspräsidenten Gilbert Loretan gut zu Gesicht. Denn Loretan wurde in einem Ehrverletzungsprozess vor vier Jahren verurteilt. Er hatte von einem Familienvater behauptet, dieser schlage seine Frau. Loretan konnte seine Aussage nicht beweisen.

### Im neuesten Bericht des Finanzinspektorates steht, dass ...

- ... die **Dienststelle für innere Angelegenheiten** auf einem Berg von Pendenzen sitzt. So sind per 31. Dezember 2007 mehr als 300 Rekurse hängig, wovon 40 noch aus den Jahren vor 2005!
- ... die **Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt** die Buchhaltung nicht im Griff hat. Seit dem Dezember 2004 wurden keine Betreibungen für fällige Rechnungen eingeleitet.
- ... die **Stiftung Universitäre Fernstudien Schweiz** auf Verlangen der **Pädagogischen Hochschule Wallis** eine Rechnung von 119250 Franken erstellt hat, ohne dafür eine Leistung erbracht zu haben.
- ... der Lohn des Direktors von **insieme Oberwallis** über dem vom Kanton genehmigten Maximallohn lag und **insieme Oberwallis** folglich 5000 Franken zurückbezahlen musste.
- ... **insieme Oberwallis** eine neue Form der Begleichung von Rechnungen erfunden hat: Statt eine Rechnung von 143000 Franken an den Kanton zu bezahlen, wurde dieser Betrag dem Kanton in Rechnung gestellt, was schlussendlich eine Differenz zugunsten des Kantons von 286000 Franken ergab. Insgesamt muss **insieme** dem Kanton 291000 Franken zurückzahlen.
- ... das Bundesamt für Strassen (ASTRA) bei der **Sektion Nationalstrassen** diverse Mängel in bezug auf den Felsabtrag Staldbach festgestellt hat: fehlende zeitliche Abstimmung in der Projektentwicklung, verschiedene technische und vertragliche Aspekte unzufriedenstellend gelöst; bestimmte Elemente zu Unrecht im Ausmass berücksichtigt; Mehrkosten des Bauloses; Nichteinhalten der Vorgaben der kantonalen und eidgenössischen Behörden; zuständige Behörden vor vollendete Tatsachen gestellt.
- ... die **Burggemeinde Leukerbad** über ihren Finanzberater eine Aufwertung des Bürgerbades von 10,85 Millionen auf 25,1 Millionen verlangte, obwohl anlässlich der Sanierung immer betont wurde, dass kein Investor bereit war, 15 Millionen für das Bad zu bezahlen. Mit der Aufwertung wurde eine Steuerersparnis bezweckt, das heisst, der Kanton, welcher 14,7 Millionen Darlehen verbürgte, sollte auch noch Steuern verlieren.

[www.roteanneliese.ch](http://www.roteanneliese.ch) Jetzt im Internet!



# Eduardo Galeano:

## Die offenen Adern Lateinamerikas

Eduardo Galeano ist ein prominenter Journalist und Schriftsteller der lateinamerikanischen Linken. Er ist die kritische Seele von Lateinamerika und die herausragende Persönlichkeit der Bewegung *«Eine andere Welt ist möglich»*. 1986 war er nach Jahren im argentinischen und spanischen Exil voller politischer Hoffnung in seine Heimatstadt Montevideo zurückgekehrt. Sein umfassendes Werk, reich an Fakten und Phantasie, und seine journalistischen Arbeiten werden überall auf dem lateinamerikanischen Kontinent veröffentlicht. Bücher von Galeano werden seit den 60er Jahren – ununterbrochen, auch in deutscher Sprache – veröffentlicht. Eine Generation nach der anderen verschlingt seine Publikationen.

VON HILAR EGGEL

### Weiterführende Literatur:

- Die offenen Adern Lateinamerikas, Wuppertal 1973
- Der Ball ist rund und Tore lauern überall, Zürich 2000
- Die Füße nach oben, Wuppertal 2001
- Erinnerung an das Feuer, Wuppertal 2004
- Fast eine Weltgeschichte, Wuppertal 2009

Galeano, Jahrgang 1940, begann schon im Alter von vierzehn Jahren, journalistisch zu arbeiten, zunächst als Karikaturist. Mit 21 Jahren übernahm er die Chefredaktion der angesehenen uruguayischen Wochenzeitschrift *«Marcha»*, die zum besten und einflussreichsten politisch-kulturellen Magazin in Lateinamerika wurde. 1973, wenige Wochen vor dem Putsch in Uruguay, flüchtete er nach Buenos Aires. Dort gründete er eine ähnliche Kulturzeitschrift mit dem Titel *«Crisis»*. Sein Exil fand 1976 ein Ende, als die argentinischen Generäle die zivile Regierung absetzten und ein Terrorregime errichteten. Galeano floh nach Spanien. Als 1985 Uruguay demokratisch wurde, kehrte er in seine Heimat zurück. Mit Freunden gründete er in Montevideo die Zeitung *«Brecha»*. Galeano gilt als einer der angesehensten Intellektuellen Lateinamerikas.

### Geschichte von unten lesen und schreiben

Mit seinem Werk *«Die offenen Adern Lateinamerikas»* wurde Galeano 1971 über die Grenzen seines Landes hinaus bekannt. Mit den Jahren ist es zu einem Standardwerk der ökonomisch-politischen Geschichte Lateinamerikas geworden. Im Buch stellt Galeano die Geschichte bzw. die sozio-ökonomischen Entwicklungen des Kontinents aus der Perspektive der Eroberten dar. Er analysiert die lateinamerikanische Geschichte *«von unten»* und beschreibt Jahrhunderte der Ausbeutung und Herrschaft durch europäische Invasoren (und später durch US-Konzerne) in Lateinamerika. Die Geschichte wird in kurzen Episoden geschildert. Galeano verfügt über die Fähigkeit, über Geschichte und aktuelle Ereignisse in einer Sprache zu schreiben, die gleichzeitig leidenschaftlich und poetisch ist. Von den herkömmlichen Darstellungen hebt er sich ab, indem er die Absicht verfolgt, gewisse Tatsachen zu verbreiten, die von der offiziellen Geschichtsschreibung, die eine Beschreibung der Geschichte der Sieger ist, verschleiert oder verfälscht werden. In einem Interview erklärte Galeano, dass ihn *«Geschichte nicht als Besuch im Wachsfignurkabinett, sondern als Erforschung der Energien der Vergangenheit»* interessiere. Wer in den letzten Jahrzehnten irgendwo in Lateinamerika Volkswirtschaft, Geschichte oder Politische Wissenschaften studiert hat, für den war das Buch *«Die offenen Adern Lateinamerikas»* Pflichtlektüre.

### Die Wirklichkeit kennen und verändern

Wenn Galeano die Geschichte Lateinamerikas beschreibt, ist er auf der Suche nach Schlüsseln, mit deren Hilfe man die Gegenwart besser erklären und die Zukunft gestalten kann. Erste Voraussetzung, die Wirklichkeit zu verändern, besteht darin, sie zu kennen. Ihn interessieren aber nicht die Helden in Karnevals Kostümen, die lange und feierliche Sätze von sich geben, während sie auf Schlachtfeldern sterben, sondern mit der Analyse der eigenen Geschichte möchte er herausfinden, was wir sind, um zu erkennen, was wir sein können. Die schicksalhafte Verehrung der Vergangenheit betrachtet er als eine reaktionäre Haltung. Denn die *«Rechte wählt die Vergangenheit, weil sie die Toten vorzieht: unbewegliche Welt, unbewegliche Zeit. Die Mächtigen, die ihre Privilegien mit dem Vererbten und überkommenen rechtfertigen, kultivieren die Nostalgie. Man lernt Geschichte wie man ein Museum besucht, und diese Ansammlung von Mumien ist Betrug. Sie lügen uns die Vergangenheit vor wie sie uns die Gegenwart vorlügen: die Wirklichkeit wird verschleiert. Der Unterdrückte wird dazu gezwungen, das vom Unterdrücker geschaffene Gedächtnis zu dem seinen zu machen: fremd, steril, ausgestopft. So findet er sich damit ab, ein Leben zu leben, das nicht das seine ist als ob es das einzig mögliche wäre.»*

### Die Befreiung Lateinamerikas von innen

Nach Galeano hat sich Lateinamerika selbst noch nicht entdeckt. Deshalb unternimmt er auch den Versuch, hinter den Schleier vorzudringen, der im Allgemeinen um die gesellschaftliche Wirklichkeit Lateinamerikas gesponnen wird. Er will zu ihren Ursprüngen vorstossen und die Dinge beim Namen nennen. Galeano stellt treffend fest: *«Es werden nicht die General Motors und die IBM sein, die die Freundlichkeit haben werden, an unserer Statt die alten, im Kampfe gefallenen Fahnen der Einheit und der Gleichberechtigung zu erheben... Die Ausgeplünderten, die Erniedrigten, die Verdammten haben selbst die Aufgabe in ihrer Hand. Der nationale Kampf Lateinamerikas ist vor allem ein sozialer Kampf. Damit Lateinamerika neu geboren werden kann, wird es vonnöten sein, zunächst seine Herren, Land um Land, zu stürzen. Zeiten der Rebellion und des Wandels sind im Anzug. Für einige*

*ruht das Schicksal im Schosse der Götter, aber in Wirklichkeit tritt es als brennende Herausforderung für das Gewissen der Menschen in Erscheinung.»*

Lateinamerika wird sich nicht von den Herrschern befreien können, wenn es auf die Befreiung und Hilfe von aussen hofft. Um die eigene Identität zu erlangen, muss die lateinamerikanische Bevölkerung die Vielfalt erkennen und sich auf die eigenen Kräfte besinnen. Galeano hält fest: *«Geblendet vom Elitismus, vom Rassismus, vom Machismus und Militarismus, nimmt Amerika immer noch nicht den Reichtum wahr, den es besitzt. Das trifft doppelt für den Süden zu: Lateinamerika besitzt die phantastischste menschliche und pflanzliche Vielfalt des Planeten. Darin bestehen seine Fruchtbarkeit und sein Versprechen.»* Galeano pflegt auch nicht die in Europa nach wie vor anzutreffende Gewohnheit, den Kontinent mehr oder weniger eindimensional



zu betrachten, sozusagen als zwar interessante, aber doch homogene Masse. Für ihn hat Lateinamerika unendlich viele Gesichter und er versucht, in seinen Schriften einige davon festzuhalten. Er tut dabei gar nicht erst so, als könnte er Vollständigkeit erreichen. Er sucht Antworten auf seine Fragen und er schlägt sie dem Leser vor.

### Verteidigung der Rechte der indigenen Bevölkerung

In all seinen Werken setzt sich Galeano für die Rechte der indigenen Bevölkerung Amerikas ein. So sparte er 1992 anlässlich der Feiern zum 500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas nicht mit Kritik am Umgang mit diesem Teil der Vergangenheit, am Neoliberalismus und an der fortbestehenden Unterdrückung der Indios. Darüber hinaus gibt er aber auch der Hoffnung auf ein *«anderes»* Amerika Raum, verteidigt die Kubanische Revolution (trotz ihrer eingestandenen Schwächen) und plädiert immer wieder dafür, die auf Solidarität gegründete Lebensweise der Indios in heutige Gesellschaften zu integrieren. Offen sympathisiert er auch mit der Bewegung der Zapatisten aus Chiapas in Mexiko, die sich seit 1994 auch gewaltsam für die Rechte der Indios einsetzt.

*«Auf den Verwerfungen der Wirklichkeit wächst, so betrachtet sie auch sein mag, neues Gewebe, und dieses Gewebe ist aus vielen verschiedenen Farben gemacht. Die alternativen sozialen Bewegungen finden ihren Ausdruck nicht nur in den grossen Parteien und Gewerkschaften; dort auch, aber nicht nur dort. Dieser Prozess hat nichts Spektakuläres, und er findet vor allem auf örtlicher Ebene statt, doch überall, auf der ganzen Welt, entstehen tausendundeine neue Kräfte. Sie spriessen von unten nach oben und von innen nach aussen. Ohne viel Federlesens machen sie sich daran, die Demokratie neu zu begründen.»*  
(Eduardo Galeano, *Die Füße nach oben*)

### Politisch brisante Geschenke

Galeanos Essays und Publikationen zu aktuellen politischen Themen finden weltweit Beachtung. Mitte April 2009 fand in Trinidad und Tobago der OAS-Gipfel (Organization of American States) statt. Venezuelas Präsident Hugo Chavez war auch anwesend und schenkte dem US-Präsidenten Barack Obama medienwirksam den Geschichtsklassiker von Eduardo Galeano *«Die offenen Adern Lateinamerikas»*. Mit diesem Geschenk hatte Chavez den US-Präsidenten nicht nur überrascht, sondern er wollte damit auch zeigen, dass die lateinamerikanischen Staaten zu neuem, politischem Selbstbewusstsein erwacht sind und die US-Politik gegenüber Lateinamerika neu gestaltet werden müsste. Der US-Präsident nahm das Geschenk dankend entgegen.

Eduardo Galeano hat sich in seinen Publikationen auch zur schweizerischen Finanzpolitik geäussert. Wie würden wohl die Vertreter der Schweizer-Regierung reagieren, wenn Ihnen ein Buch von Eduardo Galeano geschenkt würde?

In Galeanos Buch *«Die Füße nach oben»* kann man nachlesen:

*«Die Schweiz gründet ihren internationalen Ruhm auf die Treffsicherheit von Wilhelm Tell, die Genauigkeit seiner Uhren und die Verschwiegenheit seiner Bankiers.»* Und er fährt fort: *«Unter den blitzsauberen Gehsteigen der Züricher Bahnhofstrasse oder der Genfer Correterie schlummern, den Blicken des Zuschauers verborgen, die zu Goldbarren und Geldscheinbergen gewordenen Früchte von Plünderung und Betrug... Das Bankgeheimnis ist nicht mehr das, was es einmal war, so geschwächt, wie es durch Skandale und richterliche Untersuchungen dasteht, doch immer noch läuft dieser Motor nationalen Wohlstands ganz gut. Das Geld behält auch weiterhin sein Recht, Verkleidungen und Masken zu benutzen, eine Fastnacht, die das ganze Jahr über andauert.»* Oder weiter: *«Normalerweise verschwindet das kriminelle Geld, ohne Spuren zu hinterlassen. Die Schweizer Chirurgen geben ihm ein anderes Gesicht und einen neuen Namen und kümmern sich darum, seiner frisch gewonnenen Phantasieidentität rechtliche Gültigkeit zu verschaffen.»*

Und zum Schluss stellt Galeano in seiner leidenschaftlichen und ironischen Art die Frage: *«Manche meinen, sie loben Uruguay, wenn sie das Land ‚die Schweiz Amerikas‘ nennen. Wir Uruguayer sind uns nicht so sicher, ob das wirklich ein Lob ist. Spricht man es uns wegen unserer Demokratie aus oder wegen unseres Bankgeheimnisses? Seit ein paar Jahren macht das Bankgeheimnis Uruguay zum Tresor Südamerikas: eine grosse Bank mit Blick aufs Meer.»*  
Hilar Eggele

## AGENDA: Wohin frau/man geht...

### Wandern mit der Alpen-Initiative

www.alpeninitiative.ch

Mit einer aufgestellten Gruppe während einer Woche oder an einem Wochenende bekannte und unbekannte Gegenden der Alpen erwandern? Die Alpen-Initiative macht's möglich und bietet seit 1990 jedes Jahr ein attraktives Wanderprogramm **exklusiv für ihre Mitglieder** an. Ein guter Grund mehr Mitglied der Alpen-Initiative zu werden.

Samstag, 4. Juli bis Samstag, 11. Juli

#### Über die Zinnen des Apennin

Genussvolle Höhenwanderung auf der Wasserscheide zwischen Emilia und Toscana. Ein grandioser Ausblick von den Alpen, übers Mittelmeer bis nach Korsika begleitet uns die ganze Woche hindurch.

Samstag, 4. Juli bis Freitag, 10. Juli

#### Der Kraft der Heilkräuter auf der Spur

Unter der kundigen Anleitung einer Naturheilpraktikerin entdecken wir im Valle Maira, in der Umgebung des Centro Culturale in San Martino, die heilenden Kräfte der Kräuter. Auf den ehemaligen Äckern lernen wir eine unbeschreibliche Fülle von Heilpflanzen und Blumen kennen und verarbeiten.

Freitag, 10. Juli bis Sonntag, 12. Juli

#### Familienwanderung - Landschaftspark Binntal

Zusammen mit Ihren Kindern während 3 Tagen die Naturlandschaft rund um den Ärnergalen erleben. Mit Spiel und Animation erfährt jung und alt Spannendes über Tiere und Pflanzen in der einmaligen Natur- und Kulturlandschaft des Landschaftsparks Binntal.

Samstag, 11. Juli bis Samstag, 18. Juli

#### Im Banne des Monviso

Eine anspruchsvolle, abwechslungsreiche Bergwanderung in den Cottischen Alpen. Ausgangspunkt sind die Quellen des Po am Fusse des mächtigen Monviso. Wir besuchen die wunderschönen okzitanischen Täler Valle Varaita und Valle Maira und unternehmen dazwischen einen eintägigen Abstecher nach Frankreich ins Tal der Ubaye.

Samstag, 15. August bis Samstag, 22. August

#### Rund ums Valle Maira

Genussvolle Sommer-Wanderung durch die einsamen Täler der Cottischen Alpen im südwestlichen Piemont. Einzigartige Blumenpracht zum Bewundern und hervorragende Kochkünste zum Geniessen. Seit Jahren die beliebteste Wanderung der Alpen-Initiative.

Samstag, 22. August bis Samstag, 29. August

#### Le Balcon du Léman

Wandern auf dem Höhenpfad durch die Savoyischen Alpen von Le Bouveret bis Genf. Entdecken Sie eine unbekannte Ecke Frankreichs mit seiner reichhaltigen Flora und Fauna und geniessen sie berühmte Delikatessen aus der französischen Küche. Die Führung erfolgt in französischer und deutscher Sprache.

Sonntag, 27. Sept. bis Samstag, 3. Okt.

#### Côte d'Azur- Wandern am Fusse der Alpen

Einmalige Wanderung an einer anderen Côte d'Azur. Wandern in einer Landschaft aus rotem Felsen, Pinien, Föhren und Korkwäldern mit grandiosem Ausblick übers Mittelmeer. Das Übernachten in einem kleinen charmanten Hotel gehört ebenso zur genussvollen Wanderwoche wie das Baden in der eigenen Bucht.

Samstag, 5. bis Samstag, 12. September

#### Aostatal - Wandern im Zentrum der Alpen

Eine Reise ins Zentrum der Alpen, ins Aostatal inmitten der höchsten Berggipfel. Der Alta Via Nr. 1 führt auf guten Wegen durch eine noch intakte Natur zu Füssen der höchsten Bergspitzen Europas, quert maleirische Seitentäler des Aostatals und steigt über Pässe, von denen die mächtigen Viertausender des Monte Rosa, Matterhorn und Grand Combin zum Greifen nahe sind.

Freitag, 23. bis Sonntag, 25. Oktober

#### Drei sagenhafte Tage im Binntal (Herbst)

Tagsüber sind wir unterwegs im Binntal, das als die mineralienreichste Region der Alpen gilt. Landschaft, Natur und Ortsbilder haben viel von ihrem ursprünglichen Charakter behalten. Abends kosten wir im altherwürdigen Hotel Ofenhorn alte Weinsorten. Dazu erzählt Andreas Weissen Sagen und wilde Geschichten.

## KINO ASTORIA, VISP «Der besondere Film»

Montag, 29. Juni, 20.30 Uhr

#### The Duchess

Ein aufwendig-eleganter Kinofilm mit einem grandios aufspielenden Ralph Fiennes und dem MAMMA MIA Star Dominic Cooper an der Seite von Keira Knightley. England, 18. Jahrhundert: Mit 16 ist Herzogin Georgiana gezwungen nach Stand und nicht aus Liebe zu heiraten. Schnell erobert sie mit ihrer Intelligenz, Schlagfertigkeit und ihrem Gespür für Mode die britische Gesellschaft und mischt auch - höchst ungehörig - auf politischer Ebene kräftig mit.

## Umwält-Agenda

Informationen unter [www.umwelt-oberwallis.ch](http://www.umwelt-oberwallis.ch) oder Tel. 027 923 61 62

Samstag, 4. Juli, 12.16 Uhr

#### Bushaltestelle Erschmatt

**Getreide im Sortengarten Erschmatt.** mit Roni Vonmoos-Schaub

Sonntag, 5. Juli 9.30 Uhr

#### Haltestelle Imfeld, Binn

**«Flora der Alpweiden».** Exkursion ganztägig mit Annekäthi Heitz.

Sonntag, 12. Juli

#### LEBENSRAUM ROTTEN / BIG JUMP!

Der Europäische Aktionstag für saubere und lebendige Flüsse

Samstag, 1. August, 12.16 Uhr

#### Bushaltestelle Erschmatt

**Degustation von Produkten aus dem Sortengarten Erschmatt.** mit Roni Vonmoos-Schaub

Samstag, 8. August, 10.30 Uhr

#### Bahnhof Leuk

#### Libellen im Leukerfeld

Excursion bilingue mit Ralph Imstepf

Mittwoch, 2. September 19.00 Uhr

#### Vortragssaal des Kollegiums Brig

**Der Waldbrand von Leuk - Phönix aus der Asche.**

Vortrag mit Dr. Thomas Wohlgemuth, Eidg. Forschungsanstalt WSL

Samstag, 12. September

#### Pfynwald

#### Erforsche den Rotten!

Ein unvergesslicher Nachmittag für Kinder.

Sonntag, 13. September, 8.45 Uhr

#### Talstation Gampel - Jeizinen

#### Spätsommerliche Natur in den Leuker

#### Sonnenbergen

Exkursion mit Ralph Imstepf, Biologe

Montag, 6. Juli, 20.30 Uhr

#### Che - Guerilla

Nach der kubanischen Revolution ist Che auf der Höhe seines Ruhmes. Doch er verlässt Kuba und taucht im Dschungel von Bolivien unter, wo er mit kubanischen Kameraden und bolivianischen Rekruten die grosse lateinamerikanische Revolution vorbereitet.

Alle Filme in Originalsprache mit deutschem Untertitel  
[www.kino-astoria.ch](http://www.kino-astoria.ch)

## DICKE EIER:

### Brogli und Amherd: Moralin statt Information

Alle waren sie gekommen, die schwarzen und gelben Präfekten, Regionspräsidenten, Staatsräte und Richter. Die Rede ist vom grossen Briger Empfang für die SPO-Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermaten. Dabei erwiesen die CVP-Stadtpäsidentin Viola Amherd und der CSP-Gemeindeschreiber Eduard Brogli viel Einfühlungsvermögen für die gelbe und schwarze Mehrheit im Zeughaus, denn in ihren Reden versprühten sie eine Dosis Moralin gegen die Gilde der JournalistInnen, welche den PolitikerInnen und BeamtenInnen das Leben schwer machen. Statt diesen Seitenhieben hätte man von der Stadtpäsidentin und vom Stadtschreiber viel lieber etwas über die Resultate der Strafuntersuchung gegen die beiden Wahl-Couvert-Schlitzer gehört.

### Alle Jahre wieder: Der WB-Presserverein gab sich die Ehre

Wie jedes Jahr, wenn die Vöglein zwitschern, berichten wir an dieser Stelle sachlich und objektiv über die Generalversammlung des Oberwalliser Presservereins, welchem der «Walliser Bote» bekanntlich gehört. Für die Unabhängigkeit der Zeitung stehen nachwievor die folgenden Gewährsleute ein: Alt-CVP-Ständerat Rolf Escher, Alt-CVP-Gemeindepräsidentin Edith Nanzer, Staatskanzler Heinrich von Roten, Alt-CVP-Grossrat Paul Carlen und nicht zuletzt Verleger Ferdinand Mengis. Im angegliederten Presserat sorgt Alt-Kantonsrichter Niklaus Stoffel

für das richtige Wort am richtigen Platz, wie auch der einzige, akkreditierte Journalist Alois Grichting, derweil Jung-Verleger Nicolas Mengis den Anstieg der Papierpreise beklagt. Speziell zu erwähnen ist, dass heuer Alt-Kantonsrichter Stoffel nicht abwesend war und seinen Jahresbericht nicht durch den Staatskanzler Heinrich von Roten verlesen liess, wie im letzten Jahr. Damals betonte Staatskanzler von Roten in Vertretung von Alt-Kantonsrichters Stoffel, «dass der Presserat extreme Positionen in der Zeitung nicht akzeptiere.» Dieses Jahr wusste der Protokollführer Grichting über keine solche Instruktion zu berichten. Möglicherweise wurde auch Grichting zum Gegenstand der Sitzungen des Presserates.

### Dividenden der Walliser Kantonbank: Geschenk von 8,25 Millionen

Auch im letzten Jahr beschenkte der Kanton Wallis die WKB grosszügig mit 8,25 Millionen. Am Aktienkapital der WKB sind die Privaten mit 40 Millionen und der Kanton Wallis mit 110 Millionen beteiligt. Doch aus unerfindlichen Gründen beträgt der Dividenden-Satz für den Kanton nur 9,5%, während die Privaten von 17% profitieren. Auf diese Weise fliessen nur 10,45 Millionen in die Kantonskasse statt 18,7 Millionen. In seinem neusten Bericht verlangt das Finanzinspektorat vom Staatsrat «einen interkantonalen Vergleich über die Dividendenpolitik und die Besteuerung der Kantonbanken». Nachdem Jean-René Fournier den Staatsrat verlassen hat, sollte diesem Ansinnen nichts mehr im Wege stehen.

## Für ein kritisches Oberwallis. Ein Abo der Roten Anneliese.

- Ich bestelle ein RA-Abo für Fr. 20.- bis Ende Jahr.
- Ich verschenke ein RA-Abo für Fr. 20.- bis Ende Jahr.
- Ich bestelle ein Jugendabo für Fr. 10.- bis Ende Jahr.

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Geschenk-Abo an:

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort



Talon bitte Ausschneiden und senden an:  
Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig oder per E-Mail: [rote.anneliese@rhone.ch](mailto:rote.anneliese@rhone.ch)

## ZI-TÄTER:

«Die CSPO vertritt den Standpunkt, dass der gerechte Lohn insbesondere über den Lohnvergleich innerhalb der gleichen Unternehmung zu definieren ist.»  
**CSPO-Leserbrief im WB**

**Rote Anneliese:** Entweder die Direktoren und Verwaltungsräte der Walliser Kantonalbank reduzieren folglich ihren Lohn oder die gewöhnlichen Angestellten können sich demnächst über eine gerechte Lohnerhöhung freuen. Vorausgesetzt CSPO-Grossrat Diego Clausen beglückt sie mit einem diesbezüglichen Vorstoss im Grossen Rat.

«Mit Frau Dr. Katja Gentinetta konnte eine starke Persönlichkeit gewonnen werden, welche die freie Gestaltungsmöglichkeit als das Schönste im Leben eines Menschen ansieht.»  
**Ingenieurbüro Schneller, Ritz und Partner AG (SRP)**

**Rote Anneliese:** Die RA empfiehlt den SRP-Leuten das Weissbuch «Mut zum Aufbruch», das 1995 zur Gründung der «Avenir Suisse» führte, deren Vizedirektorin Katja Gentinetta heute ist. Von diesem Weissbuch kann man viel über die Abzocker und den UBS-Niedergangs lernen.

«Natürlich muss die Politik über das reibungslose Funktionieren der Justiz wachen und eingreifen, wenn sich dies als nötig erweist. Sie muss aber auch die von ihr ernannten Richter verteidigen, wenn diese zur Zielscheibe von ungerechtfertigten - dafür aber umso medienwirksameren Attacken werden.»

#### Justizkommission des Grossen Rates

**Rote Anneliese:** Wo steht eigentlich geschrieben, dass die Justizkommission bloss die Berichte der Justiz abschreiben darf und dann noch den Culot hat, dafür Sitzungsgelder zu kassieren?

«Der AGVS geht neue Wege und präsentiert den Umwelt-Guide.»

#### Werbung der Walliser Sektion des Auto Gewerbe Verbandes der Schweiz

**Rote Anneliese:** Ohne Geld, keine Umwelt!

«Abschliessend bleibt zu erwähnen, dass grobes Verhalten in der modernen Gesellschaft zusehends Vorhand nimmt und die Achtung vor dem Amt bald endgültig der Vergangenheit angehört.»

#### Jo Pitteloud, kantonaler Untersuchungsrichter

**Rote Anneliese:** War das Huhn oder das Ei früher da?



Unterschiedliche Zinssätze der Walliser Kantonalbank

# La Loterie Valaisanne!

**SITTEN – Die Zinssätze für Darlehen der Walliser Kantonalbank (WKB) sind eine Loterie Valaisanne. Denn sie hängen davon ab, wie man heisst und wie hart man verhandelt. Dies geht aus den beiden Jahresberichten der WKB und des Finanzinspektorates hervor.**

(ktm) Die WKB gewährte zur Sanierung der Burggemeinde Leukerbad ein staatlich verbürgtes Darlehen in der Höhe von 14,7 Millionen mit Zinssätzen zwischen 4,47% und 4,82%. Viel günstiger

hingegen die Munizipalgemeinde Leukerbad, die ebenfalls von staatlich verbürgten WKB-Darlehen profitiert, deren Zinssätze aber bloss 2,29% bis 3,21% betragen. Eine solche Differenz lässt sich laut neustem Bericht des Finanzinspektorates

(FI) nicht rechtfertigen, weil beide Darlehen durch den Kanton verbürgt sind. Die Differenz der Zinssätze von rund 2% macht absolut einen Betrag von rund 292 000 Franken pro Jahr aus. Der Grund für diese Differenz liegt laut FI-Bericht in der Tatsache, dass die Munizipalgemeinde durch den Kanton vertreten war, welcher mehrere Konkurrenzofferten einholte und mit der WKB hart verhandelte. Die Burggemeinde hingegen verzichtete grosszügig auf

Konkurrenzofferten, nachdem das definitive Sanierungskonzept vorlag und die Bürgerschaft vom Kanton zugesichert war. Pikanterweise hiess der Finanzberater der Burggemeinde Albert Bass, welcher damals Vizepräsident des Verwaltungsrates der WKB war.

### Günstiges WKB-Darlehen für Albert Bass

Etwas härter verhandelte Bass offenbar in eigener Sache, denn laut WKB-Geschäftsbericht gewährte die

WKB ihrem Vizepräsidenten letztes Jahr ein Darlehen in der Höhe von stattlichen 1,39 Millionen Franken zu einem formidablen Zinssatz von 2,75%. Man kann eine fiktive Rechnung machen: Hätte Bass dieses Darlehen zum oben erwähnten Zinssatz von 4,82% an die Burggemeinde Leukerbad weiterverliehen, würde er pro Jahr eine Zinsmarge von rund 29 000 Franken einstreichen, ohne einen Finger zu krümmen. Aber das ist nur eine fiktive Rechnung!

## DER HEITERE SCHLUSSPUNKT:



Freilicht-Museum Wallis

(fotografiert in Nax bei Sitten)

**ROTE  
ANNELIESE**

AZB 3900 Brig • NR. 208 / Juni 2009

Bitte Adressänderungen melden bei:  
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis